

GLEICHWERTIGES BAYERN – TRAUM ODER REALUTOPIE?

EXPERTEN AUS LANDESPOLITIK, KOMMUNEN UND LANDENTWICKLUNG
ANTWORTEN AUF ZENTRALE FRAGEN DER LAND-POLITIK

Text Univ.-Prof. EoE Dr.-Ing. Holger Magel, Dipl.-Geogr. Nina Kiehlbrei, Dipl.-Geogr. Silke Franke, Bayer. Akademie Ländlicher Raum

I. WAS STIMMT DENN NUN?

S oder ähnlich reagieren Journalisten und interessierte Zeitgenossen im Gespräch mit Vertretern der Akademiespitze auf durchaus widersprüchliche Meldungen über die Situation Bayerns: Auf der einen Seite preist der Ministerpräsident sein Land als Paradies auf Erden und bietet den Nachbarländern Bayern als Erfolgsmodell, ja sogar als Blaupause an (siehe in Magel 2019a); die regelmäßigen Heimat- oder Raumordnungsberichte des Finanz- bzw. Wirtschaftsministeriums (a.a.O. 2019) tun ein Übriges dazu und überbieten sich in unglaublichen Fortschrittsmeldungen.

Auf der anderen Seite verweisen seriöse Quellen wie z. B. Prognos AG (Bornemann 2011) oder Miosga (2015) auf Bayern als das Land mit der höchsten regionalen Disparität in Deutschland; auch die Kommissionsberichte zur Gleichwertigkeit, ob in Bayern oder in Berlin, kann man nicht unbedingt als reine Lobpreisungen der gegenwärtigen Situation in Stadt und Land empfinden. Diesen Befunden stimmen die Städter oder die Landbewohner schon eher zu (Stichwort: Stadt/Landlust – Stadt/Landfrust): zu sehr sind ihnen ihre eigenen Probleme bewusst, etwa beim täglichen Pendel- und Nahverkehr, beim Wohnen, Arbeiten, in der Nahversorgung, im Gesundheits- und Pflegesektor, zunehmend auch im Umweltbereich (Magel 2019a).

Andererseits hören und lesen wir von einem zunehmenden Trend z. B. auch von städtischen „Digitaleliten“ (Berlin-Institut 2019a, Burke et al. 2019) zum Leben und Wohnen auf dem Land, und dies nicht nur wegen der unerschwinglich gewordenen Lebenshaltungs- und Wohnkosten in den Großstädten.

Wir alle wissen: Die Statistik sagt nicht alles über die Lebenswirklichkeit der Menschen aus. Sie ist selektiv, verallgemeinernd und bildet vor allem viele immaterielle Aspekte und das individuelle Lebensgefühl nicht ab. Deshalb muss man immer auch die Menschen selbst befragen. Überrascht nehmen dann manche zur Kenntnis, dass z. B. die Menschen in Franken laut Glücksatlas der Deutschen Post AG trotz „objektiver“ infrastruktureller, ökonomischer und anderer Rückstände verglichen mit den Menschen in der erfolgsverwöhnten Boomregion München zufriedener sind. Sie schätzen offensichtlich Dinge, die in den Statistiken nicht (genügend) erfasst werden. Vielleicht hat der Bayerische Ministerpräsident dieses fränkische Glücksgefühl im Kopf, wenn er den offiziellen Befunden der Kommissionen und Wissenschaftler misstraut und eher auf sein Gespür und örtliche Kontakte setzt.

II: BERUFSBEDINGTE DIFFERENZEN IN DER EINSCHÄTZUNG DER SITUATION LÄNDLICHER RÄUME

Vor diesem Hintergrund wollten die Autoren im Vorjahr die persönlichen Meinungen und Erfahrungen ausgewiesener und ihnen verbundener Experten aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Planung und Wissenschaft einholen und erkunden, ob es da auch verschiedene, gar berufsbedingt unterschiedliche Einschätzungen untereinander sowie Differenzen im Vergleich zu offiziellen Statistiken und Forschungsbefunden gibt.

Akademiechef Magel befragte im Vorjahr Persönlichkeiten und Akteure in Führungspositionen, die eng mit der Entwicklung Bayerns und hier insbesondere des ländlichen Raumes verbunden waren oder heute noch sind. Spontan und überaus bereitwillig beteiligt haben sich frühere bayerische Spitzenpolitiker, Verbandspräsidenten, Geschäftsführer, Regionalmanager, Bürgermeister, Ministerialbeamte, Planer und Wissenschaftler – viele aus den Reihen der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum (ALR), auch von außerhalb Bayerns (siehe Danksagung am Schluss des Artikels).

Sie wurden gebeten auf nachfolgendes Schreiben zu antworten:*

„Im Jahr der Gründung unserer Akademie, 1988, befand sich der ländliche

* Aktualisierte Fassung eines Beitrags in den Mitteilungen des DVW Bayern Heft 4.2019

Raum durch die Europaratskampagne in einem Medien- und Stimmungshoch. 1994, im Jahr meines Amtsantritts als Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, war Deutschland ein noch viel ländlicher gewordenes Land und Bayern „erfreute“ sich bereits zahlreicher Landflüchtlinge aus den neuen Bundesländern.

Im Jahr 2019 beklagt BMin Klöckner, dass sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen und propagiert ein neues Aktionsbündnis „Leben auf dem Land“ und - zusammen mit BM Seehofer - eine Grundgesetzänderung, damit die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur & Küstenschutz (GAK) noch mehr außerlandwirtschaftliche Inhalte (Ländliche Entwicklung) fördern kann; gleichzeitig überhitzen die Ballungsräume mehr und mehr und der in Dresden ansässige Forscher des Ifo Institutes, Prof. Ragnitz, schlägt gar vor, manche Dörfer (im Osten) zu schließen und eine Absiedlungsprämie zu zahlen.

Vor diesem Hintergrund und unter dem Eindruck aktuell zurückliegender Gespräche mit Landespolitikern frage und reflektiere ich, was wir denn mit unseren Kampagnen und auch Maßnahmen in den letzten 30 Jahren erreicht haben.

1. Hat sich Ihrer Meinung nach der Abstand zwischen Stadt und Land in den Lebens- und Arbeitsbedingungen verringert oder gar vergrößert? Wie sehen Sie die Situation in Bayern?

2. Ist das Verfassungsziel der Gleichwertigkeit reines Wunschdenken, an das niemand, weder die Landes- noch die Kommunalpolitiker noch die Fachleute und Wirtschaftstreibenden, wirklich glaubt? Ist es gleichfalls Wunschdenken zu glauben, dass eine Entschleunigung der Städte erreicht und die Landflucht gestoppt oder gemildert werden können durch weitere Behördenverlagerung, Ansiedlung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Infrastruktur inkl. Breitbandversorgung etc. im ländlichen Raum?
3. Welche Bilanz kann die Ländliche Entwicklung bzgl. ihres Wirkens ziehen? Ist sie tatsächlich räumlich relevant oder letztlich doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein? Was müsste noch dazu kommen zu einer größeren Systemrelevanz? Wo müsste das ganz große Rad gedreht werden? In der Landesentwicklung oder in der Wirtschaftsförderung oder?"

Die Antworten waren teils homogen, aber auch heterogen, zeigten mitunter eine sowohl als auch Haltung und Widersprüche auf, was die Beurteilung der Fortschritte und Defizite in der Entwicklung ländlicher Räume in Bayern angeht. Im Einzelnen sieht das so aus:

ABSTAND ZWISCHEN STADT UND LAND – KLEINER, GRÖßER, GLEICHBLEIBEND?

Einheitlich begrüßen die Experten die gegenwärtige starke öffentliche Diskussion zum Thema Gleichwertigkeit in

Stadt und Land. Sie fängt aus ihrer Sicht die unterschiedlichen Perspektiven und Positionen ein und kann zu tragfähigen Lösungen und zielorientierten Entscheidungen führen.

Auch sind sie sich darüber einig, dass nur eine differenzierte Betrachtung der Teilräume zu passgenauen Aussagen führen kann und der statistisch gemessene Abstand zwischen Stadt und Land nicht als alleinige Richtgröße für die zukünftige Entwicklung ländlicher Räume gelten sollte. Insgesamt haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Städten stark geändert wie auch die gesamten Rahmenbedingungen auf dem Land. Aus Sicht der Kommunalpolitiker haben sich diese auf dem Land sogar stärker gewandelt und zwar durchaus in positiver Richtung. Dies wird eindeutig den Aktivitäten und Initiativen der letzten zehn bis 15 Jahren zugeschrieben. Insgesamt ist eine Annäherung der städtischen und ländlichen Lebensstile und Lebenskonzepte zu erkennen.

Dennoch besteht in Bayern unverändert ein Nord-Süd-Gefälle, das sich aus der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung der betroffenen Regionen in den letzten Jahrzehnten ableiten lässt. Zudem gibt es immer noch ein starkes Gefälle zwischen den Entwicklungen und Chancen ländlicher Räume im Umfeld großer Ballungsräume und peripher gelegenen ländlichen Räumen. Die Lage im Raum begünstigt also – keinesfalls überraschend – höchst unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten und kann

dazu führen, dass Regionen immer weiter abgehängt werden.

Prinzipiell lassen sich in den einzelnen Handlungsbereichen Verkehr und Mobilität, Wohnen, Wirtschaft, Breitbandversorgung, Bildung, ärztliche Versorgung und Nahversorgung unterschiedliche Entwicklungsrichtungen und -dynamiken erkennen.

Der **Megabereich Verkehr und Mobilitätsangebote** zeigt, dass die befragten Experten die Situation sehr unterschiedlich bewerten und entsprechend unterschiedlich große Handlungsbedarfe ableiten. Aus Sicht von Experten der Landentwicklung sind immer noch große Defizite zu verzeichnen, wogegen kommunalpolitische Vertreter bereits bestehende alternative Mobilitätsangebote wie z. B. Rufbusse als gute Ansätze bewerten und auf eine Stärkung der bestehenden Eigeninitiativen setzen. Eine bemerkenswerte, fast widersprüchlich erscheinende Aussage trafen die Experten bezüglich des verkehrlichen Stadt-Land-Aspekts: **setzt man die Entwicklung des Verkehrs auf dem Land jener in der Stadt gegenüber, verliert die Stadt aufgrund zunehmender Verkehrsprobleme deutlich an Attraktivität.**

Überhaupt stellen die Befragten eine Überhitzung der Ballungsräume fest, die deren Attraktivität mindert. Verkehrsprobleme, Stress, höhere Lebenshaltungskosten und Kriminalitätsraten sind hierfür bekannte Beispiele. Demgegenüber kann das Land mit günstigerem

Wohnen und günstigerer Work-Life-Balance „punkten“.

Der „Aufholprozess“ der ländlichen Räume lässt sich auch an der positiven Entwicklung der **Bildungsinfrastruktur** erkennen. Mittlerweile sind weiterführende Bildungseinrichtungen nahezu flächendeckend und mit durchwegs guter Erreichbarkeit auch in ländlichen Räumen zu finden. So wurden beispielsweise durch Hochschulgründungen und -filialisierungen hochwertige Studienbedingungen im ganzen Land geschaffen. Diese Entwicklungen sind sehr wichtig, um jungen Menschen Bleibe- oder (neue) Gründungsperspektiven bieten zu können.

Dennoch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor zu viele junge Menschen abwandern, um in der Stadt einen attraktiven Einstieg in das Arbeitsleben zu finden. Oftmals ist dann zu einem späteren Zeitpunkt keine Rückkehr in die Heimatregion mehr möglich, da entweder dort keine qualifizierten Arbeitsplätze oder moderne Infrastrukturen (z. B. hochleistungsfähige Breitbandversorgung) vorhanden sind oder das Leben in der Stadt (zunächst?) eher die eigenen Lebensstile, Wünsche und Bedürfnisse abdecken kann.

Diese „Stadtlust“ lässt sich seit einiger Zeit beobachten und scheint den Trend zum Urban Life(style) widerzuspiegeln. Allerdings gibt es gerade in jüngster Zeit eine Gegenbewegung in Form von „Stadtflüchtlings“. Der SPIEGEL, gro-

ße Zeitungen, Land-Pioniere (Burke, M. et alii, 2019) und selbst das früher eher stadtzentrierte Berlin-Institut (a.a.O. 2019a) berichten immer mehr über dieses hoffnungsvolle neue Phänomen der Landlust insbesondere im weiteren Umfeld von Berlin.

Die **Arbeitsplatzsituation** auf dem Land wird sehr unterschiedlich betrachtet. Aus Sicht einiger Experten mangelt es in Summe immer noch an qualifizierten Arbeitsplätzen, da diese eher in den Ballungsgebieten angesiedelt sind. Von anderen wird auf die Innovationskraft der ländlichen Wirtschaft mit ihren kleinen und mittelständischen Betrieben und Hidden Champions verwiesen, die ein gutes Arbeitsplatzangebot mit guten Zukunftsperspektiven bieten. Der Branchenmix aus Traditionsunternehmen, Handwerksbetrieben, Weltmarktführern und Start-ups wird seitens der kommunalpolitischen Vertreter als intakt beschrieben.

Die **Breitbandversorgung** gilt als zentraler Baustein der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Gebiete, wobei der bisherige Ausbau sehr unterschiedlich bewertet wird. Gerade aus Sicht der Landentwickler ist er flächendeckend noch nicht optimal gegeben, gleichwohl wird der eingeschlagene Weg als richtig erachtet.

Es sind aber nicht immer nur die „objektiven“ infrastrukturellen Verbesserungen, die das Leben und Arbeiten auf dem Land attraktiv machen, vielmehr beein-

flussen auch die **persönlichen Vorstellungen und individuellen Lebenswürfe der Menschen** ihre Wahrnehmung und Bewertung der ländlichen Lebenswelt. Entscheidend ist für sie, ob es eine Chancengerechtigkeit für die persönliche Entwicklung in der Stadt wie auf dem Land gibt. Hier hat sich nach Ansicht der Befragten im Vergleich zu früher vieles fundamental verbessert, wie u.a. die Beispiele erreichbare Aus- und Fortbildungseinrichtungen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung in Natur und Landschaft und vieles mehr zeigen. **Lebens- und Arbeitsbedingungen können also ganzheitlich nicht nur anhand objektiver oder gar landesweit praktizierter Kriterien beurteilt werden, sondern nur jeweils regional und individuell.** Deshalb kann eine Region statistisch schlechter dastehen, als es von den Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit empfunden wird (Deutsche Post AG 2018). Das war auch eine zentrale Erkenntnis der Enquête-Kommission „Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern“. In den Kriterien des Modells der Räumlichen Gerechtigkeit von Magel/Miosga (Magel 2019a) wird darauf ausdrücklich Bezug genommen.

Insgesamt sagen alle Experten übereinstimmend, dass dank unterschiedlicher Förderprogramme, Initiativen und Projekte viel für die Entwicklung der ländlichen Räume angeboten und umgesetzt wird. Ihre Wirksamkeit wird allerdings sehr unterschiedlich eingestuft. **Insbesondere die Experten aus den Bereichen**

Verwaltung und Planungen sehen die Erfolge viel kritischer als die Vertreter auf kommunal- und landespolitischer Ebene. Es scheint, dass Politiker eher dazu neigen, sich ihre Bemühungen und Erfolge schön zu reden.

GLEICHWERTIGKEIT IN STADT UND LAND – REINES WUNSCHDENKEN?

Das Ziel der Gleichwertigkeit wurde 2013 in die bayerische Verfassung aufgenommen. Ist dieses Ziel womöglich nur reines Wunschdenken, an das niemand glaubt wie z. B. Prof. Joachim Ragnitz vom Dresdner Ifo-Institut (2018) und andere Skeptiker, insbesondere im nördlicheren Deutschland? Ist es illusorisch zu hoffen, dass eine Entschleunigung der Städte erreicht und die Landflucht gemildert werden können?

Die Frage nach dem Sinn der angestrebten Gleichwertigkeit von Stadt und Land zeigt überraschenderweise ein homogenes Meinungsbild unter allen befragten Experten und Politikern. Es handelt sich nicht um ein Wunschdenken oder reine Illusion, vielmehr soll es bei allen politischen Entscheidungen strikt verfolgt werden. Zu denken gibt aber die Einschätzung mancher Experten, wonach das derzeitige politische Handeln auf Landesebene nicht genügend stark am bestehenden Verfassungsziel ausgerichtet sei und sich nicht konsequent im staatlichen Handeln widerspiegeln. Dem steht die „offensive“ Meinung eines kommunalpolitischen Vertreters gegenüber, der

argumentiert, dass Bayern bereits die Gleichwertigkeit erreicht habe, wenn unter „gleichwertig“ die Summe aller Faktoren zur Lebens- und Arbeitswelt verstanden wird.

Diese erneut stark unterschiedlichen Bewertungen zeigen, dass es dringend geboten ist, der Praxis und Politik ein einheitliches Begriffsverständnis zur Gleichwertigkeit und die entsprechende Methodik dazu an die Hand zu geben. Mit dem Modell der Räumlichen Gerechtigkeit liegt eine praxistaugliche Methodik vor. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass in manchen Kommunen allein schon eine Angleichung der Wirtschaftskraft als Merkmal und Erfolgsnachweis der „Gleichwertigkeit“ gilt, während in anderen Gemeinden eher die Lebensqualität im Vordergrund steht. Eine pauschale Matrix, mittels derer die „Gleichwertigkeit“ allgemeingültig geprüft und benotet werden sollte, würde dem Ansatz der regionalen Differenziertheit nicht gerecht werden. Da wie erwähnt jede Region oder gar jede Kommune, „Gleichwertigkeit“ anders empfindet, müssen regionspezifische Kriterien vor Ort von den Menschen selbst in einem partnerschaftlichen Bottom-up-Prozess entwickelt werden.

Nachdem die Landesplanung das wissenschaftlich herausragende und selbst vom Umweltbundesamt mit großem Interesse studierte Ergebnis der Enquête-Kommission ignoriert (s. Bayerischer Landtag 2019), wäre es zu begrüßen, wenn sich wenigstens die Verwaltung für Ländliche Entwicklung, vielleicht so-

gar in Zusammenarbeit mit der Landesplanung, um ihre pilothafte Verprobung z. B. in der Planungsregion Donau-Wald bemühen und dabei (regions)geeignete Indikatoren und partizipative Bewertungsmethoden finden würde.

LÖSUNGSWEGE ZU MEHR GLEICHWERTIGKEIT

Behördenverlagerungen aus der Stadt in die ländlichen Räume werden von der Politik gerne als Schlüssel und Lösungsansatz angeführt, um den Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken und die Entwicklungen auf dem Land positiv zu steuern. Die im Januar 2020 verkündete neue Runde von Behördenverlagerungen bestätigt diese Hoffnung sehr deutlich.

Unter den Experten zeigt sich jedoch ein uneinheitliches Bild: So wird seitens der Verwaltungsvertreter den Behördenverlagerungen zur Verlagerung von qualifizierten Arbeitsplätzen alleine zu wenig Wirkkraft zugeschrieben. Sie können demnach nur Teil einer Gesamtstrategie zur Stärkung des ländlichen Raumes als vitaler Wirtschaftsraum sein. Entscheidend sei es, die Eigenkräfte der ländlichen Räume in noch vielfältigerer Weise zu stärken.

So sollten neben Behördenverlagerungen dringend auch Unternehmensgründungen in ländlichen Räumen unterstützt und dazu entsprechende Standortqualitäten gefördert werden. Eigenkraft und die unabdingbar damit verbundene In-

novationsfähigkeit ländlicher Räume sind aus Sicht der Experten immer der entscheidende Faktor auf dem Weg zu gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Innovationsfähigkeit und Innovationskraft im ländlichen Raum zeigen deshalb aus Sicht der Experten - und dies ist der logische weitere Schritt in der geforderten umfassenden Strategie - ganz besonders der dezentrale Aufbau von ländlichen Wissenschafts- und Hochschulstandorten/ -filialen, wie z. B. die TH Deggendorf oder der OTH Amberg-Weiden. Solche standortnahen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen ermöglichen den ländlichen Wirtschaftsunternehmen den Zugang zu Forschung und fördern den Transfer von Know-how und Innovationen am Standort. Übertoller positiver Effekt ist, dass junge Menschen im Ort bleiben können und dass somit dem Fachkräftemangel und der Landflucht entgegen gewirkt wird. **Daher ist es sehr wichtig, dass die öffentlichen Stellen Anlauf- und Beratungszentren sowie Förderprogramme für Gründer und Start-up-Pioniere im ländlichen Raum vorhalten.**

Alle Initiativen setzen aber unabdingbar den Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitband- und Mobilfunknetzes im ländlichen Raum voraus. Hier ist Bayern wahrlich kein Paradies oder gar eine Blaupause für andere Länder, selbst wenn nun - und das sei an dieser Stelle ausdrücklich anerkannt - im Rekordtempo aufgeholt wird. Entsprechend stellen manche Experten dem Entwicklungsstand zum Ausbau der Breitband-

versorgung und somit auch der Dezentralisierung und Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt und der digitalen Arbeitswelt 4.0 ein schlechtes Zeugnis aus. Vertreter des Finanzministeriums sehen die Situation naturgemäß positiver. Aber auch aus ihrer Sicht kommt dem raschen flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur eine Schlüsselrolle zu. Aus Sicht der Wissenschaft und Wirtschaft muss der offensive Umgang mit neuen Technologien im ländlichen Raum gar ein Imperativ sein, da erst damit auch hochwertigere Arbeitsplätze einhergehen. In den neuen digitalen Technologien liegt nach Einschätzung der befragten Experten eine große Chance für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Die Bayerische Staatsregierung hat ja nun mit ihrer High-Tech-Offensive und der Schaffung von Tausenden neuen Studienplätzen im IT Bereich reagiert.

Kann das Ziel der Gleichwertigkeit folglich erreicht werden? Die Befragten geben sich durchaus optimistisch, sehen aber die dazu notwendige und politisch vielfach angekündigte Entschleunigung der Städte als schwierig an. **Sie warnen vor der unverändert bestehenden Gefahr einer „passiven Sanierung“ ländlicher Räume.** Die jüngste Ankündigung von MP Söder, München zum 8. Regierungsbezirk zu machen, um die Landeshauptstadt mit „Maß klug zu beschleunigen“, wirft diesbezüglich große Fragen auf. Hier kraftvoll entgegenzuwirken sehen sie neben dem notwendigen starken und unbeirrbareren „commitment“ der öffentlichen Hand, Infrastrukturleistun-

gen und Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen aufrechtzuerhalten, entscheidend eine hohe Eigenverantwortung und Kreativität der Betroffenen gefordert.

REFLEXIONEN ZUR LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG: WAS KONNTE ERREICHT WERDEN?

Die befragten Experten sind sich darin einig, dass die Verwaltung für Ländliche Entwicklung (VLE) einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung ländlicher Räume geleistet hat und leisten kann.

Der Aufgabenbereich der VLE hat sich bereits über die Jahre von der Flurneueordnung und Dorferneuerung hin zur Landentwicklung im breiter verstandenen Sinne weiterentwickelt. Aus Sicht der Landespolitiker und der Landentwickler ist es der VLE so gelungen, den wachsenden Herausforderungen durch ständige Anpassungen zu begegnen – auch indem rechtzeitig die richtigen Schwerpunkte beim Einsatz neuer Förderinstrumentarien gesetzt wurden. Dieser Prozess stellt sich als stetiges Aushandeln und Erneuern dar und unterliegt ständigen Veränderungen und Dynamiken.

Längst kann die Ländliche Entwicklung den Kommunen in ländlichen Räumen einen umfassenden Instrumentenkasten anbieten: die Unterstützung bei interkommunalen und kommunalen ganzheitlichen Entwicklungsstrategien wie der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) und Gemeindeentwicklung, die Beratung und Förderung bei der In-

nenentwicklung mit dem Förderschwerpunkt „Innen statt Außen“, das Angebot der einfachen Dorferneuerung zur Unterstützung der Grund- und Nahversorgung, die Stärkung von Kleinstunternehmen, die Unterstützung des Boden- und Gewässerschutzes (u.a. Initiative boden:ständig), die Realisierung einer zukunftsfähigen Wegeinfrastruktur (Initiative ländliche Kernwegeneetze), die Unterstützung regionaler Wertschöpfungsprozesse durch die Ökomodellregionen und schließlich die Initiative HeimatUnternehmen zur Förderung kreativer unternehmerischer Menschen.

Die Ländliche Entwicklung ist somit ein relevanter Baustein und eine große Chance für eine positive Entwicklung des ländlichen Raumes. Allerdings – so stellen die Experten, hier vor allem selbst langjährige Kommunalpolitiker, bedauernd fest – wird der ganzheitliche und nachhaltige Ansatz nicht recht erkannt und genutzt. So würden die Programme der Ländlichen Entwicklung von den Kommunen oft nur als Hilfsmittel für die „schnelle“ Finanzierung von einzelnen ohnehin geplanten Projekten wahrgenommen. **Die für die Förderung notwendigen (ein „Muss“) grundsätzlicheren oder gar ganzheitlichen Zukunfts- und Entwicklungsfragen der Gemeinde oder Region werden von den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern nur halbherzig bearbeitet.**

Wichtiger als die schnelle großzügige Förderung und Durchführung einzelner Infrastrukturprojekte wäre es deshalb

für die beteiligten Kommunen und Bürger, sich mit den eigenen Entwicklungszielen auseinanderzusetzen. Dazu gilt es vor allem, die kommunalen Verantwortungsträger noch intensiver zu informieren und zu „schulen“. Oft fehlt es nach Ansicht der Experten schon daran, die richtigen Fragen für ein zukunftsfähiges Konzept zu stellen.

Dem Bereich der Information, Schulung und Weiterbildung von Kommunalpolitikern und ihren Partnern vor Ort, seien es Planer oder auch Bürger, kommt eine Schlüsselrolle in der Entwicklung des ländlichen Raumes zu. **Wenn das Bewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung fehlt und die Möglichkeiten einer ganzheitlichen Entwicklung nicht bekannt sind, werden auch bestens ausgestattete Förderprogramme ihre gewünschte Wirkung verfehlen.** All das kann z. B. hervorragend unterstützt werden durch die Initiierung, Begleitung und Umsetzung interkommunaler Entwicklungsprozesse wie es die ILE bietet. Diese Entwicklungsprozesse müssen dann aber immer mit geförderten Umsetzungsbegleitungen ausgestattet werden, um die Bereitschaft der Kommunen zu erhöhen, sich auf diese Art des ungewohnten längerfristigen Denkens und Handelns einzulassen. Nicht alle ILE-Gemeinden nehmen dieses Angebot der Verwaltung für Ländliche Entwicklung derzeit wahr. Dies wäre aber wichtig, denn oft fehlt es den Kommunen an Personal oder Fachwissen, um außerhalb des Tagesgeschäftes Strategien und Umsetzungsstrukturen aufzubauen. In einer

aktuellen Untersuchung des Lehrstuhls Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land der TU München (Prof. Mark Michaeli) konnten bei ILEs mit geförderten Umsetzungsbegleitungen signifikant bessere Umsetzungserfolge nachgewiesen werden. So gesehen kann die fachliche Unterstützung durch die Verwaltung für Ländliche Entwicklung ein Schlüssel zum Erfolg der ländlichen Gemeinden sein.

DREHT DIE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG DAS GROSSE RAD?

Hier sind sich alle einig: es ist nicht das große Rad, aber es sind viele kleine, sehr wichtige Rädchen. Die großen Stellschrauben werden, zumindest theoretisch, viel mehr sowohl im Landesentwicklungsprogramm (LEP) (denn hier sollte eine ressortübergreifende Gesamtbetrachtung der Räume erfolgen und das aufeinander abgestimmte Gesamtkonzept festgeschrieben werden) und in der Regionalplanung gesehen (denn hier treffen sich Top-down und Bottom-up) als auch in der wirtschaftlichen Entwicklung und Wirtschaftsförderung (denn hier liegen die treibenden (Gegen-)Kräfte so mancher Entwicklungen, auf die reagiert werden muss). **Nachdenklich macht das Ergebnis der Befragung, dass die Ländliche Entwicklung stark vom jeweiligen Selbst-, Rollen- und Aufgabenverständnis des Staates abhängt. Und dieses scheint nach Aussage der Experten stark geschwächt zu sein.**

Wie soll sich die Ländliche Entwicklung selbst für die Zukunft rüsten? Zur Stärkung und zum Ausbau der eigenen Systemrelevanz sind unterschiedliche Ansätze zu verfolgen: **Einerseits sollte eine klare strategische Verankerung der Ländlichen Entwicklung in der Landesentwicklung erfolgen, die sie nicht als „Erfüllungsgehilfe“, sondern mit einem eigenständigen regionalen Entwicklungsauftrag versieht; andererseits wird seitens der Experten auch eine Optimierung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit** gefordert, wie z. B. der Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung und der Verwaltung für Ländliche Entwicklung. Dazu sollte das Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept (ILEK) von Partnerressorts anerkannt und in deren Arbeit mit zugrunde gelegt werden. Der Vorteil wäre, dass damit die regionale Vielfalt, eigenverantwortliche Ausgestaltung und Kompetenz der Region sichtbar und motivierend anerkannt würden. Auch hier wäre die Regionalplanung gefordert.

Ein ressortübergreifender Ansatz hätte einen weiteren Vorteil: längst besteht nämlich die Gefahr, dass viele Dörfer und Gemeinden vor lauter Förderungen aus verschiedensten Kanälen den ganzheitlichen Ansatz verlieren. Es darf nicht sein und stellt oft eine Verschwendung öffentlicher Gelder dar, wenn die zu vielen (?) regionalen Initiativen und Förderprogramme unterschiedlicher Ministerien unabgestimmt und losgelöst von einander agieren.

III. WIR BRAUCHEN MEHR EINIGKEIT BEIM NOTWENDIGEN HANDELN!

Was hat denn nun die Befragung der 30 Experten des Ländlichen Raums wirklich Neues gebracht, wird sich der verehrte Leser fragen. Die Antwort lautet: nicht nur zwischen Bewohnereinschätzungen und amtlichen Statistikanalysen gibt es Unterschiede (siehe die Aussagen des Berlin Instituts 2019b), sondern sogar innerhalb der Akteure, die dem ländlichen Raum am nächsten stehen und mit ihm tagtäglich in der Arbeit verbunden sind. **Es verwundert deshalb nicht, wenn es mitunter so durcheinander geht in der Einschätzung der Lage - und dabei wurden die derzeit aktiven und von vorneherein qua Amt zu Erfolgsmeldungen neigenden Minister noch gar nicht befragt!**

Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich alle Beteiligten konsensual z.B. im Rahmen von Akademiegesprächen auf einen Mindestforderungskatalog in den nachfolgend aufgeführten Bereichen einigen könnten.

AIWANGERS HERAUSFORDERUNG: BEDEUTUNG DER LANDESENTWICKLUNG WIEDERHERSTELLEN

Die Landesentwicklung würde mit ihrem Landentwicklungsprogramm (LEP) über ein wichtiges Planungsinstrument verfügen, das Leitplanken für die zukünftige Entwicklung und Förderung ländlicher Räume vorgibt mit dem Ziel gleichwertig-

ger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilbereichen Bayerns.

Aus Sicht der notwendigen stärkeren Verzahnung der Politiken der Landesentwicklung und Ländlichen Entwicklung sollte das LEP wieder zu einem glaubwürdigeren und tragfähigeren Zentrale-Orte-Konzept zurückkehren. Dazu gehört, dass die Leistungsversprechen eines Zentralen Ortes auch tatsächlich eingehalten und Ausstattungsqualitäten verlässlich vorgehalten werden. Dies ist besonders wichtig für die Idee der ILE und das Zusammenspiel von zentralen Hauptorten und Gemeinden mit ihren Nachbargemeinden. Das LEP sollte daher auch die strategische Bedeutung der interkommunalen Zusammenarbeit herausstellen, wenn es darum geht, tragfähige Lösungen in kommunalen Handlungsfeldern zu erreichen, für die eine einzelne Gemeinde zu klein ist. Dies könnten z. B. interkommunale Versorgungsverbände unterhalb der zentralen Orte sein. Die Inflationierung von neuen Mittel- und Oberzentren bei den letzten Änderungen des LEP sollte zurückgenommen werden (ALR 2017).

Und noch eines sollte unbedingt von der Landesentwicklung angegangen werden: der Einsatz des Modells der räumlichen Gerechtigkeit (siehe Magel 2019a), wie es von der Enquete-Kommission empfohlen wurde. Davon will aber, wie schon früher erwähnt, die zuständige Abteilung bisher nichts wissen. Nicht anders kann man ihre Antwort auf die entsprechende Anfrage der GRÜNEN (Bayeri-

scher Landtag 2019) verstehen, wenn sie stattdessen auf die zu erwartenden Vorschläge der Bundeskommission verweist. Ein ziemlich ungewöhnliches Verhalten, wo doch Bayern ansonsten entsprechend der Devise „Bayern first“ immer eigene Wege, gerade auch in der Raumordnung gehen will.

Man wird abwarten müssen, wie nun der von der Bundesregierung (Seehofer 2019) angekündigte Gleichwertigkeits-Check aussehen wird (**„Der Bund wird künftig bei allen Gesetzesvorhaben prüfen, welche Wirkungen sie auf die Wahrung und Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland haben - Gleichwertigkeits-Check“**).

Zu wenig oder gleich gar nicht hat sich nämlich die Bundeskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ mit der Definition von Gleichwertigkeit befasst. Begründung des Chefs der Raumordnungsabteilung Michael Frehse (2019) bei seinem Vortrag in München am 13. November 2019: „Nachdem die Fachinstitute bis jetzt keine Definition von Gleichwertigkeit liefern konnten, konnte auch die Kommission aus Zeitgründen nicht darauf eingehen.“ Man darf also gespannt sein, wie die Gleichwertigkeitsüberprüfungen jedes Regierungshandelns dereinst aussehen und ob sie fachlichen Ansprüchen gerecht werden. Es darf gerätselt werden, ob die drei so stolzen (CO) Vorsitzenden Seehofer, Klöckner und Giffey überhaupt wissen, dass sich die Kommission nicht näher mit den auch ethisch und sozialphiloso-

phisch basierten Überlegungen und Modellen der bayerischen Kommission zur Gleichwertigkeit und räumlichen Gerechtigkeit befasste – obwohl dem Vernehmen nach bayerische Vertreter in der Kommission darauf drängten. Die bayerische SPD Landtagsfraktion wollte dazu wenigstens in Bayern Druck machen. Sie erhob klare Forderungen nach einem obligatorischen Gleichwertigkeitsbericht und -check (LT Drucksachen 18/4845 bzgl. jährlicher Gleichwertigkeitsbericht bzw. 18/4846 bzgl. verbindlicher Gleichwertigkeitscheck). Wie zu erwarten war, stießen diese fachlich sinnvollen Forderungen auf wenig Gegenliebe der Regierungsmehrheit.

WIEDERHOLT SICH DIE GESCHICHTE?

Zur Erinnerung: einen vergleichbaren Check, nämlich einen Nachhaltigkeitscheck, hat der TUM Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung bereits 2003 im Rahmen des Forschungsvorhabens „Evaluierung der Kommunalen Agenda 21 in Bayern“ (Magel, Auweck et al. 2003) gefordert. Dieser Vorschlag ist aber nach Widerstand des Bayerischen Gemeindetags seitens des Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz nicht mehr weiterverfolgt worden. **So gibt es bis heute keinen vernünftigen Ansatz, um auf kommunaler oder regionaler Ebene nachhaltiges Handeln transparent darstellen, überprüfen und steuern zu können.**

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG EVOLUTIV WEITERENTWICKELN

Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung bietet mit ihren vielfältigen und bedarfsgerechten Förderinstrumentarien für ländliche Räume ein wichtiges und notwendiges Angebot und Hilfe zur kommunalen Selbsthilfe. In ihrem Wirken ist das Förderinstrumentarium sowohl raum- als auch systemrelevant. Zur weiteren Stärkung ist die Ländliche Entwicklung jedoch klarer und strategischer in der Landesentwicklung zu verankern. Die Ländliche Entwicklung sollte dabei, wie erwähnt, mit einem eigenständigen Auftrag versehen werden, der die Unterstützung der interkommunalen und kommunalen Entwicklung in den Mittelpunkt stellt. Im Interesse der Ländlichen Entwicklung muss aber auch liegen, dass sich die Landesentwicklung vor dem Hintergrund des gebotenen Flächensparens und klimaresilienter Strategien und der dazu zweifellos notwendigen besseren Orts- und Siedlungsplanungen auch in Richtung anderer Ressorts wie Bau, Innen und Umwelt öffnet.

Darüber hinaus sollte die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) konzeptionell weiter gestärkt werden. Eine Stärkung kann allerdings nur gelingen, wenn auch andere Ressorts das Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept als zentrale Grundlage ihres darauf aufsetzenden Handelns anerkennen. Dies ist bisher leider noch nicht der Fall. Hier wäre auch die Regionalplanung gefordert.

Schließlich muss das neue Thema der „**Sozialen Landentwicklung**“ stärker in den Fokus gerückt werden, denn immer und überall geht es um die Menschen und ihre Bedürfnisse in ihrer Heimat. Eine bewusst sozialere und damit humanere Landentwicklung ermöglicht eine bessere Integration sozialer und vieler immaterieller Anliegen und zudem die aktive Einbindung der Menschen in kommunale Entwicklungsstrategien (Ewald 2019). Gerade eine Verknüpfung mit den Bereichen Heimat und Regionale Identität des Heimatministeriums kann den sozio-kulturellen und gesellschaftlichen Charakter der Landentwicklung entscheidend stärken. Landentwicklung braucht dazu einen erweiterten Ansatz, der das räumliche und verwaltungsorientierte Handeln ergänzt: Es geht nach Ewald um die Schaffung und Unterstützung eines Beziehungsnetzwerks aus unternehmerischen Menschen und um die Aktivierung möglichst breiter sozialer und gesellschaftlicher Potentiale. Die Landentwicklung sollte die Gestaltung hierfür notwendiger Entwicklungsprozesse wie auch die Umsetzung unterstützen, wenn aus einer Idee ein Projekt geworden ist. Hier könnten sich durch die derzeitige Einführung von Regionalbudgets in ILE-Prozessen ganz neue Möglichkeiten ergeben.

Und fast das wichtigste: das Personal der Ländlichen Entwicklung gehört dringend verstärkt, um dem hohen Beratungsbedarf der Kommunen nachzukommen (Magel 2019b), denn wer sonst sollte die

in nachhaltiger Kommunal- und Land(schafts)entwicklung sowie beim Flächensparen beraten?! Die so wichtigen Ortsplanungsstellen fielen ja den seinerzeitigen Stoiberschen Reformen zum Opfer.

HEIMATPFLEGE UND REGIONALE IDENTITÄT ERNST NEHMEN

Im Rahmen seiner Heimatpolitik fördert das Heimatministerium (neu) die Heimatpflege (bisher im Bereich des Kultusministeriums), die Regionale Identität in allen Teilräumen Bayerns und sogar partizipative Dorfentwicklung in Form eines neuen Dorfwettbewerbs. Ziel ist es, das so wichtige Heimatgefühl der Bürger sowie die subjektive Wahrnehmung und Identifizierung mit der eigenen Region zu stärken. Mit einer daraus resultierenden eigenständigeren Regionalentwicklung kann ein beachtlicher Beitrag zur Förderung der Gleichwertigkeit geleistet werden.

Da sowohl die Förderung der Regionalen Identität als auch die Instrumente der Ländlichen Entwicklung, vor allem Dorferneuerung und ILE, und das LEP gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen als übergeordnetes Entwicklungsziel verfolgen, ist eine wesentlich intensivere Integration und Verschränkung der Aktivitäten der Heimatpflege, vor allem des Bereichs Regionale Identität, mit der Ländlichen Entwicklung und dem LEP, hier insbesondere dem Regionalmanagement, anzustreben.

KOMMUNALENTWICKLUNG MUSS SICH EINORDNEN IN DAS GANZE

Der kommunalpolitischen Ebene kommt insbesondere im Bereich Wohnen, Daseinsvorsorge und sparsame Flächennutzung eine entscheidende, allerdings sehr komplexe und langfristig angelegte Aufgabenstellung zu. Die Problematik kann kurz beschrieben werden mit: Ausweisung neuer flächenverbrauchender Bau- und Gewerbegebiete versus Verfall

der Ortskerne und Nahversorgung. Darüber ist vielfach, überdies vor dem Hintergrund des Klimawandels, geschrieben worden. Auch wenn sich die Gemeinden mit Rückendeckung durch die Staatsregierung vehement gegen jedwede Einschränkung ihrer Planungshoheit wehren und damit auch gegen eine verbindlich pro Gemeinde geforderte Beschränkung, ist festzuhalten, dass es wohl Grenzen der Freiheit kommunaler

Planungshoheit gibt und geben muss, ansonsten würde sich jedwede Raumordnung ad absurdum führen (Magel 2019b).

Bevor man es darauf ankommen lässt, dies höchstrichterlich klären zu lassen, sollten deshalb im eigenen Interesse der Kommunen und zum Wohle der Allgemeinheit lokale Richtwerte im Flächenverbrauch gesetzt werden, die man ähnlich den Leitbildern bei der Ortsentwicklung und Dorferneuerung als hilfreiche und Orientierung gebende Leitplanken für eine natürlich weiterhin notwendige Ortsentwicklung ansehen kann. Dies ist wahrlich kein existenzbedrohender Eingriff in die Planungshoheit. Im Gegenteil: es wäre damit allen geholfen - der Gemeinde bei zukunfts- und enkelgerechteren Entscheidungen über Grund und Boden sowie der Planungssicherheit suchenden investierenden Wirtschaft und den Bürgern, die beides wollen: Heimat erhalten und Heimat entwickeln!



Was den Altbayern der prunkvolle Umzug...



... ist den Franken die identitätsstiftende Bratwurst.

Der Druck zu weiterem Handeln wird zweifellos steigen: immerhin hat ja inzwischen die neue Staatsregierung wohl der Diskussion vom 19. April 2018 im Unterausschuss des Bayerischen Landtags (2018) folgend (Magel im Protokoll S.30 und 50: „Wir brauchen noch einen Beauftragten für Flächensparen. Es wäre für mich eine ernsthafte Alternative, dass man vom Staat her signalisiert, dieses Thema ist so wichtig, dass man sich darum kümmert ... Von einem Beauftragten für Flächensparen erhoffe ich mir,

dass über die Ministerialebene hinweg und unabhängig darauf geschaut wird.“) bereits Flächensparmanager auf Regierungsebene etabliert, die den Gemeinden bei der Planung über die Schulter schauen sollen.

Vielfach kann und muss das Flächensparen ohnehin in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden geschehen. Und es gibt dazu ja wieder die effizienten Hilfen der Ländlichen Entwicklung, die in diesem Fall selbst die Rolle des Flächensparmanagements übernahm. Ein Beispiel aus dem Oberen Werntal: hier haben die zehn ILE-Kommunen durch konsequente Innenentwicklung in zehn Jahren nachweislich 50 ha Bauflächen und Infrastrukturkosten in Millionenhöhe gespart und sie sind vitaler als zuvor!

ANWALTSROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT UND DER ACADEMIA BESSER ANERKENNEN UND NUTZEN

Zivilgesellschaftliche Interessensvertretungen wie die Bayerische Akademie Ländlicher Raum sowie dem ländlichen Raum verpflichtete wissenschaftliche Institute (oft in Personalunion) leisten einen wichtigen Beitrag, um das Thema Gleichwertigkeit und räumliche Gerechtigkeit in Politik und Öffentlichkeit zu platzieren und zu diskutieren. Es geht darum, im Dialog um die besten Lösungen zu ringen und die unterschiedlichen Perspektiven einzufangen und zusammenzuführen.

Die Bayerische Akademie Ländlicher Raum tritt dabei immer wieder als un-

abhängiger Anwalt für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes auf. Sie bezieht klar Stellung zu landespolitischen Entscheidungen wie z. B. zum LEP oder zur Erschließung empfindlicher Landschaften wie des Riedberger Horns oder nun jüngst zum 5 ha-Ziel. In ihrem interdisziplinär zusammengesetzten Wissenschaftlichen Kuratorium erarbeitet sie oft in enger Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen der Universitäten und anderen Akademien und Kammern entsprechende Papiere und sucht den direkten Kontakt mit Staatsregierung, Landtag, Verwaltung und den Medien.

Von der Politik ist zu wünschen, dass sie die kritischen Beiträge der Akademie und ihrer Partner bereitwilliger annimmt und vorbehaltlos prüft. Die letztlich doch positiven Erfahrungen des Runden Tisches Artenschutz, bei dem die Staatsregierung die geballte Kompetenz der angesprochenen bayerischen NGOs nutzen konnte, sollten die traditionelle Skepsis und Abwehrhaltung der Regierung umwandeln in ein **gelassenes Ja zu Kritik** und besseren Vorschlägen, z. B. zum LEP.

Bezüglich der Rolle der Wissenschaft wird auf die vielfältigen Forschungsarbeiten vor allem der Professoren Michaeli und Miosga im Auftrag der Verwaltung für Ländliche Entwicklung verwiesen. Pioniergemeinden wie z. B. die ILE-Gemeinden im Hofheimer Land und im Oberen Werntal oder Gemeinden wie Kirchanschöring, Fraunberg oder Weyarn und andere sind Gewinner dieser not-

wendigen angewandten wissenschaftlichen Forschung, bei denen über den kommunalen und Verwaltungsalltag hinausgedacht und neues erdacht wird.

IV. DER TRAUM VOM GLEICHWERTIGEN BAYERN?

Ja, der Traum vom gleichwertigen Bayern darf und soll weiter geträumt werden, vielleicht als Realutopie, um einen einst vielzitierten Begriff von Alois Glück (Glück/Magel 1990) wiederaufzugreifen. Denn eines gilt für uns selbstbewusste Bayern: **Wenn es das reiche Bayern nicht schafft, wer sonst?** Noch nie gab es so viel politische, öffentliche und fachliche Zuwendung für den ländlichen Raum, noch nie so viele Förderungen und Maßnahmen, aber auch noch nie war die Gefahr einer urban-ländlichen Spaltung im Land so groß wie in der Gegenwart. Ein Blick auf ostdeutsche Regionen zeigt uns die Gefahren der gesellschaftlichen Spaltung, vor denen nun auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier oder auch Juli Zeh (in Magel 2019a) warnt.

Wir brauchen also einen klaren Realitätssinn und kein Hinwegreden über nach wie vor bestehende Schwächen. Wir brauchen aber ebenso Selbstbewusstsein und den Blick auf alle nicht nur materiellen Dinge des Lebens, um oft vernachlässigte Vorteile ländlichen Lebens wieder wertschätzen zu können und zum Standortfaktor werden zu lassen. Die Antworten unserer Experten haben dies bei aller Unterschiedlichkeit klar gezeigt: Identität, Verwurzelung, Landlust und Stolz

Weitere Informationen erwünscht?
Holger Magel, Magel@landentwicklung-muenchen.de



**UNIV.PROF. EOE DR.-ING.
HOLGER MAGEL**

Ehrenpräsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum
Mitglied der Enquetekommission
„Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern“

auf die ländliche Heimat können entscheidend für das subjektiv positive Gefühl der Menschen über Gerechtigkeit und Gleichwertigkeit und für die Wahl des heimatlichen Lebensmittelpunktes im ländlichen Raum sein. Diesen Befund hat wenig überraschend der Teilhabetas Deutschland (Berlin Institut 2019b) erhärtet.

Vielleicht liegt Markus Söder dann doch nicht so falsch, wenn er – vor allem Franken im Blick – Bayern als Paradies auf Erden sieht.

WEITERE INFORMATIONEN

www.landentwicklung-muenchen.de
www.akademie-bayern.de



DIPL.-GEOGR. SILKE FRANKE

Geschäftsführerin des Wissenschaftlichen Kuratoriums der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum

LITERATUR

- Bayerische Akademie Ländlicher Raum (ALR) e.V. (2017): Neues zum Landesentwicklungsprogramm Bayern: Aktuelle Stellungnahme. www.akademie-bayern.de/news_archiv_detail.php?i=255&y=2017 (21.08.2019).
- Bayerischer Landtag, Ausschuss für Umwelt (2018): 84. Sitzung: Anhörung



DIPL.-GEOGR. NINA KIEHLBREI

Mitglied des Wissenschaftlichen Kuratoriums der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum

zum Thema: „Wirksame Instrumente zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Bayern“ am 19.4.2018, Protokoll, hier Diskussionsbeiträge Magel S. 30 und 50

- Bayerischer Landtag (2019): Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Christian Zwanziger u. a., BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 19.03.2019. Stand der Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Berichts der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhält-

DANKSAGUNG Für ihre Mitwirkung danken wir den nachfolgenden Experten: Rainer Bauer, Christian Bernreiter, Hans-Jörg Birner, Huberta Bock, Wolfgang Borst, Wolfram Brossardt, Beatrix Drago, Gwendolin Dettweiler, Franz Dirnberger, Manfred Eibl, Wolfgang Ewald, Christian Fechter, Dieter Gewies, Alois Glück, Walter Heidl, Erwin Huber, Theo Kötter, Henning Kuschnig, Franz Löffler, Mark Michaeli, Josef Miller, Manfred Miosga, Michael Pelzer, Jacek M. Pijanowski, Anne Ritzinger, Walter Seher, Roland Spiller, Hermann-Josef Thoben, Josef Wallner und Lothar Winkler.

- nisse in ganz Bayern“. 18. Wahlperiode, Drucksache 18/2324, 17.07.2019. www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18_0002324.pdf (22.08.2019).
- Bayerisches Staatsministerium für Finanzen und für Heimat (2019): Heimatbericht 2018. Entwicklung des ländlichen Raumes. www.stmfh.bayern.de/heimat/Heimatbericht_2018.pdf (23.08.2019)
 - Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (2019): 18. Raumordnungsbericht: Bayern 2013 – 2017. www.landesentwicklung-bayern.de/fileadmin/user_upload/landesentwicklung/Dokumente_und_Cover/Raumbeobachtung/18_ROB/18_ROB_Gesamtausgabe_fuer_Internet_mit_Lesezeichen.pdf (22.08.2019).
 - Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung/Neuland21e.V. (2019a): Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann. www.berlininstitut.org/fileadmin/user_upload/Urbane_Doerfer/BI_UrbaneDoerfer_Online.pdf (22.08.2019)
 - Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung/Wüstenrot Stiftung (2019b): Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen. www.berlin-institut.org/publikationen/studien/teilhabeatlas_deutschland (22.08.2019).
 - Burke, M, Harmel, E., Jank, L. und Kerkhof, S. (2019): Ländliche Verheisung. Arbeits- und Lebensprojekte rund um Berlin. Ruby Press. Berlin
 - Bornemann, H./Freitag, K. (2011): Die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Regionen im Prognos Zukunftsatlas. In: Franke, S./ Glück, A./ Magel, H. (Hrsg.): Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern. Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München. S. 31 – 37 (siehe dazu auch die Stellungnahme der Akademie Ländlicher Raum von 2017)
 - Deutsche Post AG (2018): Deutsche Post Glücksatlas. www.gluecksatlas.de (21.08.2019).
 - Ewald, W. (2019): Landentwicklung vor neuen Aufgaben. Vortrag beim 12. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung am 23.01.2019 in Berlin. www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/Dokumente/Downloads2019/Beitraege2019/FF01-Ewald.pdf (21.08.2019).
 - Frehse, M. (2019): Ergebnisse der Bundeskommission Gleichwertige Lebensbedingungen. In: www.hss.de/news/detail/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-ueberall-news5478/ (7.12.2019)
 - Glück, A./Magel, H. (Hrsg.) (1990): Das Land hat Zukunft. Neue Perspektiven für die ländlichen Räume. Jehle. München.
 - Magel, H. et al. (2003): Evaluierung der Kommunalen Agenda 21 in Bayern. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. München.
 - Magel, H. (2019a): Landlust, Landfrust oder beides? – Aktuelle Anmerkungen zu gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land. In: zfv – Zeitschrift für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement, 144. Jg., Heft 3/2019, S. 147 – 156.
 - Magel, H. (2019b): „Unternehmen sollen aufs Land gehen“. Interview. In: BSZ – Bayerische Staatszeitung, 19.07.2019. www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/wirtschaft/detailansicht-wirtschaft/artikel/unternehmen-sollen-aufs-land-gehen.html#topPosition (21.08.2019).
 - Miosga, M. (2015): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – Nicht nur Aufgabe der Kommunen! Hrsg. BayernForum der Friedrich – Ebert. Stiftung, München
 - Ragnitz, J. (2018): Im Gespräch: „Manche Dörfer sollten wir besser schließen“. In: FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 224, 26.09.2018, S. 17.
 - Seehofer Horst (2019): In: Kampf gegen ungleiche Lebensverhältnisse. www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/kampf-gegen-ungleiche-lebensverhaeltnisse,RVpFLfy (25.8.2019).